



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 37. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. August 2023, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Seyran Papo (CDU), in Vertretung von Rixa Kleinschmit

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 (Nachtragshaushaltsgesetz 2023)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1270	
Übersendungsschreiben der Landtagspräsidentin Umdruck 20/1900	
2. Sachstandsbericht zur Finanzierung des Ganztagschulprogramms	8
Berichts Antrag der Abgeordneten Raudies (SPD) in der 35. Sitzung am 6. Juli 2023 Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/1896	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung dienstrechtlicher Vorschriften	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1152	
Änderungsvorschlag der Staatskanzlei Umdruck 20/1894	

4.	Terminplanung	11
5.	Information/Kenntnisnahme	12
	Umdruck 20/1787 – Mehrerlösklausel	
	Umdruck 20/1798 – Verbraucherzentrale	
	Umdruck 20/1802 – Verwaltungsvereinbarung Mahnverfahren	
	Umdruck 20/1808 – Haushaltsvollzug 2022	
	Umdruck 20/1850 – Programm TiK-SH	
	Umdruck 20/1867 – Abfluss Coronamittel	
	Umdruck 20/1893 – Verwaltungsabkommen DIN	
	Umdruck 20/1895 – Kooperationsprojekt Smart Surfer	
	Umdruck 20/1897 – Geodateninfrastruktur	
	Umdruck 20/1898 – digitales Personalmanagement Umdruck 20/1899 – Interreg VI A Deutschland-Danmark	
	Vertraulicher Umdruck 20/1781 – Bahnnetz Mitte/Süd-West	
	Vertraulicher Umdruck 20/1838 – UKSH Zukunftspakt (für den Beteiligungsausschuss)	
	Vertraulicher Umdruck 20/1840 – Northvolt	
	Vertraulicher Umdruck 20/1841 – Northvolt	
	Vertraulicher Umdruck 20/1869 – UKSH Chefarztverträge	
	Vertraulicher Umdruck 20/1877 – UKSH coronabedingtes Defizit	
6.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss folgende Umdrucke im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten:

- [Umdruck 20/1781](#) – Bahnnetz Mitte/Süd-West
- [Umdruck 20/1838](#) – UKSH Zukunftspakt (für den Beteiligungsausschuss)
- [Umdruck 20/1840](#) – Northvolt
- [Umdruck 20/1841](#) – Northvolt
- [Umdruck 20/1869](#) – UKSH Chefarztverträge
- [Umdruck 20/1877](#) – UKSH coronabedingtes Defizit.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 (Nachtragshaushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1270](#)

Übersendungsschreiben der Landtagspräsidentin
[Umdruck 20/1900](#)

Finanzministern Heinold führt in den Nachtragshaushalt ein.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer zu § 1 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs teilt Frau Koll, Leiterin der Abteilung Landesplanung im Innenministerium, mit, das Land habe der Stadt Heide in diesem Jahr aus den IPCEI-Mitteln eine Summe von 200.000 Euro zur Verfügung gestellt; im November 2023 sollten zwei Stellen im Bauamt besetzt werden, um den mit der Ansiedlung von Northvolt verbundenen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Abgeordnete Raudies legt Wert darauf, die Auswirkung der Erhöhung des Bürgergelds auf die verfassungskonforme Besoldung im Blick zu haben (§ 1 Ziffer 2).

Ministerin Heinold sagt zu, zu der Frage schriftlich Stellung zu nehmen, inwieweit sich die Erhöhung des Bürgergeldes auf die Höhe der Besoldung auswirke (Einhaltung des Mindestabstandsgebots, verfassungskonforme Besoldung). Die Entwicklung beim Bürgergeld werde

selbstverständlich Teil der Betrachtung der Verfassungskonformität der Besoldungs- und Versorgungsanpassung sein.

Auch Abgeordnete Krämer spricht § 1 Ziffer 2 des Nachtragshaushalts an. Sie hält die bisherige Regelung im Haushaltsgesetz für ausreichend und verweist auf die Landeshaushaltsordnung (Haushaltsreste).

Ministerin Heinold erläutert die Formulierung in Ziffer 2. Sollten Personalmittel 2023 übrig bleiben, dürfe man diese nicht nur für die Wirkung des Tarifabschlusses 2023, sondern auch für die Wirkung des Tarifabschlusses im Jahr 2024 in Anspruch nehmen.

Abgeordnete Krämer hat Bedenken dagegen, Ausgaben des Tarifabschlusses, der seine Wirkung im Jahr 2024 entfalte und dessen wirtschaftliche Verpflichtung das Jahr 2024 betreffe, aus Resten des Haushalts 2023 zu finanzieren (Prinzip der Jährlichkeit).

Ministerin Heinold teilt diese haushaltsrechtlichen Bedenken nicht und wirbt dafür, das Haushaltsgesetz entsprechend zu ändern, um Flexibilität und eine weitere Vorsorge zu ermöglichen.

Der Vorsitzende bittet das Finanzministerium, seine Rechtsauffassung bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu erläutern.

Abgeordnete Herdejürgen bittet den Landesrechnungshof, ebenfalls zu dieser haushaltsrechtlichen Frage Stellung zu nehmen.

Ministerin Heinold sagt eine schriftliche Antwort zu. Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer stellt sie klar, dass das Finanzministerium bei der Formulierung zur Wirkung des Tarifabschlusses im Haushaltsgesetz nicht zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten differenziert habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu § 1 Ziffer 3 des Gesetzentwurfs erwidert Herr Wetzig, Mitarbeiter im Referat Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Bioökonomie des Energiewendeministeriums, man wolle auch eine Landesgarantie für Beteiligungskapital

vorsehen, weil es unterschiedliche Finanzierungskonstellationen und unterschiedliche Investoren geben könne und man eine möglichst breite Finanzierung ermöglichen wolle. – Auf eine Frage des Vorsitzenden, inwieweit das Land, wenn es Beteiligungskapital absichere, von den Erträgen mit profitiere, antwortet er, man befinde sich noch in der Ausgestaltung des Programms, prüfe grundlegende Fragen und werde auch diese Frage prüfen.

Abgeordnete Raudies möchte wissen, ob die Bürgschaften an öffentliche oder private Investoren vergeben würden und unter welchen Bedingungen Beteiligungskapital abgesichert werde.

Der Finanzausschuss will diesen Punkt in der nächsten Sitzung mit der Spitze des Energiewendeministeriums beraten.

Abgeordnete Krämer geht davon aus, dass sich die Formulierung des letzten Halbsatzes in Ziffer 3 „soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist“ auf die Gewährung von Bürgschaften und nicht auf den Eintritt des Schadenfalls beziehe. – Finanzministerin Heinold sagt zu, auch zu dieser Formulierung schriftlich Stellung zu nehmen.

Abgeordnete Raudies findet es „in Teilen unterirdisch“, was dem Parlament mit dem Nachtragshaushalt zur Entscheidung vorgelegt werde, ohne dass Fragen von der Landesregierung ausreichend beantwortet werden könnten.

Ministerin Heinold entgegnet, die Landesregierung habe dem Landtag eine schlüssige Vorlage vorgelegt und werde offene Fragen selbstverständlich beantworten.

Der Finanzausschuss will den Nachtragshaushalt in der nächsten Sitzung, am 7. September 2023, abschließend beraten.

2. Sachstandsbericht zur Finanzierung des Ganztagsschulprogramms

Berichts Antrag der Abgeordneten Raudies (SPD) in der 35. Sitzung
am 6. Juli 2023

Vorlage des Bildungsministeriums

[Umdruck 20/1896](#)

Herr Hennigs, Referatsleiter im Bildungsministerium, führt in die Vorlage ein. Auf Fragen der Abgeordneten Raudies antwortet er, er gehe davon aus, dass die Förderrichtlinie noch in diesem Jahr in Kraft treten werde. Die Antragsfristen sollten möglichst lang gefasst werden.

Frau Vollertsen, Referatsleiterin im Bildungsministerium, teilt mit, die Höhe der Betriebskosten hänge maßgeblich von den Vorgaben ab. Inwieweit der Bund die Betriebskostenförderung an gewisse Vorgaben knüpfe, sei noch offen. Der Beteiligungs- und Informationsprozess mit Regionalkonferenzen solle in diesem Jahr begonnen werden. Die Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden laufe. Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer antwortet sie, man könne auf die vielfältigen im Lande bestehenden Strukturen des offenen Ganztags und der Betreuungsangebote in der Primarstufe zurückgreifen, die regional unterschiedlich seien. 95 Prozent der schleswig-holsteinischen Grundschulen verfügten über Ganztags- oder Betreuungsangebote. Die Kosten der rechtsanspruchserfüllenden Ganztagsplätze hingen vom Bedarf und von der Ausgestaltung ab, die man mit den kommunalen Landesverbänden verhandle.

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass das Land bei der Vorbereitung auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz „so spät dran“ sei, und fragt die Landesregierung, in welcher Höhe sie Vorsorge in der Finanzplanung für den schulischen Ganztags getroffen habe.

Ministerin Heinold bietet an, den Finanzausschuss in nicht öffentlicher Sitzung über die Finanzplanung zu informieren.

Abgeordnete Raudies legt Wert darauf, dass die Förderrichtlinie noch in diesem Jahr in Kraft trete.

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, kritisiert, dass das Land Bundesmittel nicht in Anspruch genommen habe.

Abgeordneter Brandt nimmt die Feststellung, dass ein Drittel der Bundesmittel in Deutschland nicht abgeflossen sei, zum Anlass, an den Bund zu appellieren, die Förderfrist länger zu fassen.

Der Finanzausschuss will die Beratungen in der nächsten Sitzung in Anwesenheit der Spitze des Bildungsministeriums fortsetzen.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/1152](#)

(überwiesen am 12. Juli 2023 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsvorschlag der Staatskanzlei

[Umdruck 20/1894](#)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 8. September 2023 Anzuhörende zu benennen.

4. Terminplanung

Abgeordnete Raudies kritisiert, dass die Haushaltsberatungen erneut ins nächste Jahr verschoben werden.

Finanzministerin Heinold teilt mit, geplant sei, dass das Kabinett den Haushaltsentwurf 2024 am 12. Dezember 2023 beschließe und der Landtag die erste Lesung im Januar 2024 und die zweite Lesung im März 2024 durchführe. In diesen volatilen Zeiten wolle man die Ergebnisse der Steuerschätzung im Oktober/November 2023 abwarten und hoffe, dass darin die Steuerrechtsänderungen des Bundes bereits abgebildet seien. Der Haushaltsentwurf 2025 solle im Herbst 2024 in erster Lesung und im Januar 2025 in zweiter Lesung behandelt werden. Man berate noch darüber, wann man dem Parlament die Finanzplanung vorlegen werde.

Die Opposition legt Wert darauf, dass die Fraktionen ausreichend Zeit haben, den Haushaltsentwurf durchzuarbeiten und Fragen zu stellen.

Die Entscheidung über die Terminplanung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

5. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/1787](#) – Mehrerlösklausel
- [Umdruck 20/1798](#) – Verbraucherzentrale
- [Umdruck 20/1802](#) – Verwaltungsvereinbarung Mahnverfahren
- [Umdruck 20/1808](#) – Haushaltsvollzug 2022
- [Umdruck 20/1850](#) – Programm TiK-SH
- [Umdruck 20/1867](#) – Abfluss Coronamittel
- [Umdruck 20/1893](#) – Verwaltungsabkommen DIN
- [Umdruck 20/1895](#) – Kooperationsprojekt Smart Surfer
- [Umdruck 20/1897](#) – Geodateninfrastruktur
- [Umdruck 20/1898](#) – digitales Personalmanagement
- [Umdruck 20/1899](#) – Interreg VI A Deutschland-Danmark
- Vertraulicher [Umdruck 20/1781](#) – Bahnnetz Mitte/Süd-West
- Vertraulicher [Umdruck 20/1838](#) – UKSH Zukunftspakt (für den Beteiligungsausschuss)
- Vertraulicher [Umdruck 20/1840](#) – Northvolt
- Vertraulicher [Umdruck 20/1841](#) – Northvolt
- Vertraulicher [Umdruck 20/1869](#) – UKSH Chefarztverträge
- Vertraulicher [Umdruck 20/1877](#) – UKSH coronabedingtes Defizit

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke (bis auf [Umdruck 20/1787](#)) zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

a) Nächste Sitzungen:

- Donnerstag, 7. September 2023,
10 Uhr Finanzausschuss, 12 bis 13 Uhr Beteiligungsausschuss
- Plenarmittwoch, 20. September 2023, 13:30 Uhr Finanzausschuss
- Donnerstag, 28. September 2023, 10 bis 16 Uhr Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung
- Donnerstag, 5. Oktober 2023, 10 Uhr Finanzausschuss

b) Abgeordnete Herdejürgen bittet die Landesregierung, dem Finanzausschuss den Auftrag an die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH für die Projektkoordination in Sachen Northvolt zuzuleiten.

c) Abgeordnete Raudies bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen über den Stand der Bearbeitung der Grundsteuererklärungen zu berichten.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer